

1 Antrag der 10. Parteivorstandstagung vom 27./28. März 2010

2 Politische Resolution des 19. Parteitages der DKP

3 Der Kapitalismus befindet sich nach wie vor in seiner tiefsten Finanz- und Wirtschaftskrise seit
4 dem Zweiten Weltkrieg. Ihre Auswirkungen zeigen sich – trotz noch greifender weltweiter Kon-
5 junkturprogramme und international abgestimmtem wie nationalstaatlichem Krisenmanagement
6 – mehr und mehr auch in unserem Lande. Schon in den vergangenen zwei Jahren gerieten je-
7 doch bereits ganze Volkswirtschaften in den Krisenstrudel. Staaten standen und stehen auch in
8 der Eurozone vor dem Staatsbankrott.

9 Ein Ende dieser Krise ist bislang noch nicht absehbar. Die ökonomischen, sozialen und politi-
10 schen Folgen werden erst allmählich deutlich.

11

12 ☆

13 Im Kapitalismus ist Jagd nach Profit das Motiv der Produktion, nicht die Befriedigung gesell-
14 schaftlicher Bedürfnisse. Investiert wird dort, wo die höchsten Profite winken. Das Gleichgewicht
15 zwischen Produktion und Konsum und zwischen den verschiedenen Zweigen der Produktion
16 wird nicht planmäßig, sondern durch zyklische Krisen hergestellt, im Nachhinein, wie Marx sagt,
17 “als Reaktion auf die beständige Aufhebung dieses Gleichgewichts”. (*Karl Marx: Das Kapital,*
18 *Bd. 1*)

19 In der gegenwärtigen Krise haben wir es aber nicht nur mit einem zyklischen Abschwung der
20 Weltwirtschaft zu tun. Denn seit der Krise 1974/75 haben sich – forciert durch den neoliberalen
21 Ausweg, den die Bourgeoisien Zug um Zug einschlugen – zugleich chronische Ungleichgewich-
22 te der Weltwirtschaft angesammelt zwischen

- 23 • Produktion und Nachfrage in den reichen Ländern,
- 24 • “Realwirtschaft” und einem durch Spekulation aufgeblähten Finanzsektor,
- 25 • Ländern mit großen Exportüberschüssen – wie China, Deutschland und Japan – und auf der
26 anderen Seite Ländern, die wie die USA, aber auch die meisten EU- Länder, sich verschul-
27 deten, um solche Exportüberschüsse aufzunehmen.

28 Die gegenwärtige ökonomische Krise ist also eine Doppelkrise: Sie ist sowohl zyklische Krise als
29 auch eine Krise des neoliberalen, finanzdominierten Wachstumsregimes.

30 In Krisen werden – wie die bisherige Geschichte des Kapitalismus zeigt – viele der in ihrem Vor-
31 feld auftretenden und sich zuspitzenden Widersprüche des kapitalistischen Reproduktionspro-
32 zesses durch konzentrierte Kapitalentwertung zeitweilig “bewältigt” – meist mit schwerwiegen-
33 den sozial-ökonomischen Folgen vor allem für die Arbeiterklasse, aber auch für andere Klassen
34 und Schichten: Also rigoros auf Kosten der Mehrheit der Menschen.

35 In der Gegenwart nehmen jedoch zudem die globale Dimension und die zerstörerische Wucht
36 der Krisenprozesse sichtbar zu. Die auftretenden Widersprüche sind im Rahmen des Systems
37 nicht mehr oder nur teilweise, mit der Folge der Entstehung noch tieferer gesellschaftlicher Ge-
38 gensätze, lösbar.

39 Die gegenwärtige Krise unterscheidet sich von früheren: Verschiedene Krisenprozesse – Fi-
40 nanz- und Wirtschafts-, Energie- und Klimakrise, Ernährungskrise, Krise der Politik und der De-
41 mokratie, die anhaltende Krise im Nahen Osten, das Scheitern der USA und der Nato im Krieg
42 in Afghanistan, im Irak, usw. usf. – beeinflussen und verstärken sich gegenseitig.

43 Weltweit leiden über eine Milliarde Menschen Hunger. Über 1,5 Milliarden haben keinen Zugang
44 zu sauberem Wasser. Das Programm des Millenniumgipfels der Vereinten Nationen zur Be-
45 kämpfung von Hunger und Unterentwicklung ist gescheitert. Nie haben die hoch entwickelten

46 kapitalistischen Länder versucht, es tatsächlich umzusetzen. Die sozialen und politischen Ver-
47 hältnisse wie auch Kriege zwingen immer mehr Menschen in Afrika, Asien, Mexiko, Haiti usw.
48 usf. ihre Heimat zu verlassen und als Migrantinnen und Migranten – meist ohne jeglichen Status
49 und ohne Rechte – weit entfernt von der eigenen Heimat zu leben. Nicht wenige bezahlen die
50 Hoffnung auf ein besseres Leben – vor allem – an den Grenzen EU-Europas und der USA mit
51 ihrem Leben.

52 Unsere Generation erlebt zugleich eine dramatische Zuspitzung der ökologischen Krise. Der
53 Klimawandel beschleunigt sich. Bereits jetzt ist absehbar, dass es vor allem die verarmten,
54 durch die transnationalen Konzerne und Neo-Kolonialismus ausgeplünderten Staaten und Regio-
55 nen des “Südens” sind, die am meisten unter den Umweltkatastrophen zu leiden haben. Armut,
56 Unterentwicklung und Klimaschäden bedingen sich auf verhängnisvolle Weise. Doch der Klima-
57 wandel macht um Europa und die Bundesrepublik Deutschland keinen Bogen.

58 Es bestätigt sich die Marxsche Einschätzung, die wir im Programm unserer Partei aufgreifen:
59 “Das kapitalistische Profitprinzip ist zu einer Gefahr für den Fortbestand der menschlichen Zivil-
60 sation geworden. Die kapitalistische Produktion ... untergräbt: die Erde und den Arbeiter.” (*Karl*
61 *Marx: Das Kapital, Bd. 1*)

62

63



64 Bei der aktuellen Krise handelt es sich aller Wahrscheinlichkeit nach um eine “Übergangs- oder
65 Große Krise”. Dies aber würde bedeuten, dass grundlegendere Umbrüche in den gesellschaftli-
66 chen Verhältnissen – den Formen der Produktion, der Machtausübung des Kapitals, im Verhält-
67 nis zwischen Kapital und Arbeit, im internationalen Kräfteverhältnis, usw. – vor sich gehen könn-
68 ten.

69 Die gegenwärtige Krise ist jedoch nicht das Ende des Kapitalismus. Sie könnte sich als Über-
70 gangskrise zu einer neuen Entwicklungsetappe des Kapitalismus erweisen. Sie könnte aber
71 auch die Suche nach einem demokratischen Ausweg beschleunigen.

72 Die Richtung, in der Auswege aus dieser Krise gesucht werden, kann durch aktives Handeln der
73 Betroffenen beeinflusst werden: durch den Kampf der arbeitenden Menschen, der Arbeitslosen
74 und Prekarisierten, der Alleinerziehenden und von Armut Bedrohten, der Mütter und Väter, de-
75 nen Krippenplätze gestrichen werden, der Rentner. Also durch all jene, deren Reproduktion und
76 menschenwürdige Existenz durch die Krisen des Kapitalismus bedroht wird. So könnte auch der
77 Boden für Alternativen zum Kapitalismus bereitet werden.

78 Noch ist nicht absehbar, welche strategischen Lösungen die Vertreter des Großkapitals – vor
79 allem die transnationalen Konzerne –, ihre politischen Vertreter und Berater favorisieren. Nicht
80 voraussagbar ist, was von diesen Plänen – vor allem aufgrund objektiver Bedingungen – durch-
81 setzbar wäre. Unklar ist auch, was künftig an die Stelle bisheriger “Wachstumsfelder” der kapita-
82 listischen Entwicklung (Automobilindustrie u. a.) treten wird.

83 Klar ist aber, dass vor allem restriktive Veränderungen anvisiert werden, mit denen die Vertreter
84 des Kapitals ihre Herrschaft mit noch reaktionärerem Methoden sichern, d. h. neue ökonomische,
85 soziale und politische “Regulierungsmechanismen” durchsetzen. Diese werden aber zugleich
86 zur weiteren Zuspitzung bestehender Widersprüche und zu einer weiteren Verschlechterung der
87 Lebensbedingungen für viele Menschen führen – bei wesentlicher Einschränkung von politi-
88 schen und sozialen Grundrechten.

89 Auf reaktionäre Entwicklungen verweist die Wirtschafts- und Sozialpolitik in den meisten hoch
90 entwickelten kapitalistischen Ländern. In EU-Europa verfolgen EU-Kommission und Regierun-
91 gen ungeachtet der katastrophalen Krisenauswirkungen weiterhin ihre Liberalisierungs- und Pri-
92 vatisierungsprogramme.

93 Auf reaktionäre Entwicklungen deuten schon heute die Militarisierung der Gesellschaften sowie
94 der EU, die Vertiefung der "transatlantischen Zusammenarbeit" im Rahmen der NATO, die Aus-
95 weitung von Kriegseinsätzen und die zunehmenden Einschränkungen von Grundrechten wie
96 von Versammlungs- und Demonstrationsrechten in vielen Ländern hin. Überwachung und Be-
97 spitzelung werden ausgebaut. Konzernleitungen scheren sich – wie in Deutschland – schon gar
98 nicht um Datenschutz oder Bürgerrechte. Mit dem massiven Ausbau der zivil-militärischen Zu-
99 sammenarbeit und dem geplanten Bundeswehreininsatz im Inneren wird hierzulande auch regie-
100 rungsoffiziell der Weg zu reaktionärer Formen der Machtausübung bereitet.

101 Herrschaftsinstrumentarien werden unter Einbeziehung der "alten" und "neuen" Medien weiter
102 perfektioniert. Antikommunismus und Geschichtsfälschungen werden als – noch wirksame –
103 Mittel genutzt, jegliche linke Opposition, ja sogar alle Vorstellungen von einer friedlichen, solida-
104 rischen und sozial gerechten Gesellschaft von vornherein zu diskreditieren und zu kriminalisie-
105 ren. Diese Aufgabe haben auch die Antikommunismusresolution des Europarates von 2006 so-
106 wie der Aufruf der Europäischen Union vom 23. August 2009, jedes Jahr europaweit einen "Tag
107 der Opfer des Stalinismus und Nationalsozialismus" zu begehen.

108 Wenn das Krisenmanagement in wichtigen Staaten oder auf der internationalen Ebene versagt,
109 wenn etwa durch den Zusammenbruch einer Währung wie des Dollars die Weltmärkte kollabier-
110 ten und die imperialistische Weltordnung bedroht würde, könnten besonders reaktionäre Kreise
111 des Monopolkapitals einen Ausweg darin suchen, Protektionismus, Nationalismus und Militarism-
112 us zu steigern, Konflikte mit "unbotmäßigen Staaten" oder aufkommenden Konkurrenten an-
113 zuheizen und sich auch in neue Kriege zu stürzen.

114 Neben dem Kampf um soziale Rechte erhält in dieser Situation damit der Kampf für Demokratie
115 und Frieden eine besondere Bedeutung: Die historische Alternative "Sozialismus oder Unter-
116 gang in der Barbarei" stellt sich für die vor uns liegende Periode mit einer bisher nicht gekannten
117 Brisanz.

118

119



120 Noch rigoroser als in den Jahren zuvor wurde und wird mit Verweis auf die Krise auch hierzu-
121 lande durch die seit 2009 regierende CDU- CSU-FDP-Koalition die Politik der Umverteilung, des
122 Demokratie- und Sozialabbaus fortgesetzt und vorangetrieben. "Krisenbewältigung" findet allein
123 auf Kosten der Mehrheit der Menschen, d. h. der lohnabhängig Beschäftigten, der Arbeitslosen
124 und vieler Rentnerinnen und Rentner, der Freiberufler und kleinen Selbständigen statt.

125 Während die Verursacher der Krise, Banken, Konzerne und Vermögende bisher mit Milliarden-
126 Garantien, Rettungsschirmen und Steuersenkungen beschenkt wurden, soll dieses Geld bei den
127 "kleinen Leuten", bei dringend nötigen Investitionen in Bildung, Umwelt, Kultur, bei den Einnah-
128 men der Städte und der kommunalen Daseinsvorsorge wieder eingespart werden. Dafür wurde
129 vorsorglich die "Schuldenbremse" im Grundgesetz verankert.

130 Die CDU-CSU-FDP-Koalition vertritt offen Kapitalinteressen. Maßgebliche Teile des Großkapi-
131 tals bestimmen dabei immer unverfrorener direkt politische Entscheidungen und üben offen
132 Druck aus. Spenden- und Schmiergeldskandale zeigen, wie richtig in diesem Zusammenhang
133 zugleich die These von der "gekauften Republik" ist.

134 Die Maßnahmen der Bundesregierung verstärkten alle Tendenzen, die in diese Krise geführt
135 haben. Auch hier zeigt sich: "Wodurch überwindet die Bourgeoisie die Krisen? ... Dadurch, dass
136 sie allseitigere und gewaltigere Krisen vorbereitet und die Mittel, den Krisen vorzubeugen, ver-
137 mindert." (Karl Marx/ Friedrich Engels: Manifest der kommunistischen Partei)

138 Die Staatsverschuldung und die Verschuldung der Städte und Gemeinden sind enorm gestie-
139 gen. Und zu guter Letzt führen steigende Schulden der öffentlichen Hand zu immensen Zinszah-

140 lungen wiederum an die Banken und Vermögensbesitzer. Ausgeplündert werden auch die Ren-
141 tenkassen und die Arbeitslosenversicherung. Die Gesundheitsfürsorge wird für viele Menschen
142 unbezahlbar, die Sozialsysteme werden weiter zerstört.

143 In der Krise erhöhten die Kapitalvertreter zugleich den Druck auf Belegschaften und Gewerk-
144 schaften.

145 Die Zahl der prekär Beschäftigten nimmt rasant zu.

146 Zu den bereits eingetretenen wie den absehbaren Folgen für die Mehrheit der Menschen gehö-
147 ren – auch in unserem Land – wachsende Armut.

148 Frauen und Kinder sind auch davon besonders betroffen. Der Anteil von Kindern und Jugendli-
149 chen, die in dieser Gesellschaft keine Zukunftschance haben, wächst weiter, ebenso die Alters-
150 armut. Suppenküchen und "Tafeln" gehören längst zum Bild jeder Stadt in der Bundesrepublik
151 Deutschland.

152 So wurde und wird die Umverteilung von unten nach oben extrem beschleunigt.

153

154



155 Anders als es manche zunächst erwartet hatten, hält sich der Widerstand dagegen und der
156 Kampf für einen demokratischen Ausweg, für gesellschaftliche, wirtschaftliche, soziale und poli-
157 tische Alternativen jedoch nicht nur in der Bundesrepublik, sondern auch in anderen Ländern
158 bislang in Grenzen.

159 Angst vor sozialem Abstieg, zunehmende Unsicherheit bestimmen das Leben vieler Menschen.
160 Nicht wenige hoffen auch, die Krise wäre bald überwunden und vertrauen – trotz wachsender
161 Skepsis – den Regierungsversprechen nach baldigem "Aufschwung".

162 Das wirkt – trotz wachsender Einsicht, dass diese Gesellschaft sozial ungerecht ist, trotz des
163 sinkenden Vertrauens in den Kapitalismus – nach wie vor stärker als die Bereitschaft zu Wider-
164 stand. Aus Empörung und Wut erwächst noch kein gemeinsames Handeln. Angst und Unsi-
165 cherheit, zunehmende soziale Ungleichheit und Entsolidarisierung wirken sich wesentlich und
166 negativ auf die Entstehung wie die Ausweitung betrieblicher, gewerkschaftlicher Gegenwehr wie
167 die Formierung eines allgemeinen, breiten außerparlamentarischen Widerstandes aus.

168 In keiner Krise zuvor war zudem die Arbeiterbewegung so schwach. Und es existiert zudem der-
169 zeit noch keine wirksame breite und übergreifende außerparlamentarische Bewegung, der es
170 gelingt, die unterschiedlichen Erfahrungen und Positionen in einem Bündnis zusammenzufüh-
171 ren: nicht nur aus punktuellen Anlässen, sondern darüber hinaus im Sinne einer Sammlung aller
172 Kräfte, die an der Durchsetzung einer Wende zu demokratischem und sozialem Fortschritt inte-
173 ressiert sind.

174 Diese Bewegung kann und muss in der Friedensfrage, der Ökologie-, der Welternährungsfrage
175 oder im Kampf gegen Neofaschisten bis hinein ins bürgerlich-humanistische Lager, in die Kir-
176 chen usw. reichen.

177 In den Gewerkschaften ist dafür zu wirken, dass sie sich zum Kern einer solchen außerparla-
178 mentarischen Bewegung entwickeln. Das Eintreten der Gewerkschaften gegen die Aushöhlung
179 und für eine Einlösung des Sozialstaatsprinzips des Grundgesetzes muss unterstützt werden.
180 Das Grundgesetz entstand allerdings in einer Zeit, in der das Kräfteverhältnis zwischen Arbeit
181 und Kapital erheblich günstiger war als heute. Heute wird immer deutlicher, dass es eine Rück-
182 kehr zum sogenannten Sozialstaat früherer Jahre aufgrund der objektiven Entwicklungsbedin-
183 gungen des Kapitalismus nicht mehr geben wird. Ein harter Kampf gegen den neoliberalen Um-
184 bau ist erforderlich, wenn demokratische und soziale Rechte, wieder erkämpft, erhalten und
185 ausgebaut werden sollen.

186 Das gilt auch für die Mitbestimmung. Sie wird in der gegenwärtigen Krise im Sinne eines "sozial-
187 partnerschaftlichen" Krisen-Co-Managements benutzt, auf das sich auch führende Gewerkschaft-
188 ter einlassen. Dies schwächt die Gewerkschaften. Die Angriffe auf die Mitbestimmung, zum Bei-
189 spiel bei VW, werden nach der Krise wieder zunehmen. Durch Unterordnung unter die Profit-
190 und Konkurrenzinteressen der Konzerne ist kein demokratischer Ausweg aus der Krise erreich-
191 bar, sind nachhaltige Erfolge im Interesse der lohnabhängig Beschäftigten wie der Arbeitslosen
192 nicht möglich.

193 Hoffnungen, dass die Krise zu einem Aufschwung der Linken und zu mehr Gegenwehr führen
194 würde, haben sich bislang – in unserem Land, in EU-Europa, in anderen entwickelten kapitalisti-
195 schen Industrieländern – nicht erfüllt. Die Linken in Europa, vor allem die Kommunistinnen und
196 Kommunisten, haben die Niederlage von 1989/90 noch nicht überwunden.

197 Unter diesen Bedingungen müssen wir geduldig und überzeugend (mit)wirken die Schwäche der
198 Linken und der Arbeiterbewegung zu überwinden, gemeinsame gesellschaftliche Forderungen
199 und Gegenmacht zu entwickeln. Das wird zur größten Herausforderung der nächsten Zeit.

200

201



202 Aber es sind nicht nur diese Folgen der Krise, die die heutige Situation prägen und deren Wi-
203 dersprüchlichkeit. Auch der bürgerliche Parlamentarismus ist in dieser Situation in der Mehrheit
204 der entwickelten kapitalistischen Industrieländer in einer Krise:

205 • Die bürgerlichen Parteien verlieren an Glaubwürdigkeit. Viele Menschen beginnen über die
206 gesellschaftlichen Ursachen der Misere nachzudenken, sehen den Kapitalismus kritischer
207 als früher. Immer mehr verlieren jeden Respekt gegenüber Parteien und dem parlamentari-
208 schen System. Politiker und Politikerinnen werden immer weniger akzeptiert, wenn sie allein
209 Kapitalinteressen vertreten und nicht die tatsächlichen Interessen ihrer Wählerinnen und
210 Wähler. Die moralische Empörung nimmt zu. Aber auch hier wirken Angst und Unsicherheit,
211 bleiben Illusionen.

212 • Denn obgleich die Finanz- und Wirtschaftskrise die herrschende Ideologie und Politik gran-
213 dios blamiert hat, führte dies derzeit nicht zu einer tatsächlichen Schwächung der Regierun-
214 gen. Ihre Maßnahmen zur "Krisenbewältigung" erscheinen vielen nach wie vor als plausibel
215 oder als alternativlos. Und noch fehlt die tiefere Einsicht, dass die gegenwärtige gesellschaft-
216 liche Situation etwas mit der Kapitalherrschaft und der Klassenspaltung der Gesellschaft zu
217 tun hat, gegen die man sich aktiv und gemeinsam wehren muss.

218 • Damit entsteht aber die Gefahr, dass sich noch mehr Menschen aus dem politischen Pro-
219 zess völlig "ausklinken" oder viele sich weiter öffnen für rechte, populistische, rassistische
220 und fremdenfeindliche Positionen. In einer solchen Situation wirken rechte Parolen und Po-
221 pulisten – über CDU, CSU und FDP hinaus. Die NPD wird offenbar wie andere faschistische
222 Parteien und Organisationen auch deshalb nicht verboten, weil sie den Protest kanalisiert
223 und von den etablierten Parteien enttäuschte Wählerinnen und -wähler am rechten Rand zu
224 binden vermag.

225 • Neu ist, dass sich die Partei "Die Linke" im Parteiensystem als linke, oppositionelle Kraft e-
226 tablieren konnte und ein größeres Wählerpotential gewann: Wählerinnen und Wähler, von
227 denen nicht nur viele unzufrieden sind mit den Verhältnissen, sondern auch progressive
228 Veränderungen wollen. Gleichzeitig wächst mit den Erfolgen der Partei die Gefahr, durch
229 Einbindung in das parlamentarische System und in Regierungsverantwortungen ihren Cha-
230 rakter mehr und mehr zu verändern.

231 Noch ist offen, wohin sich "Die Linke" entwickeln wird; dies wird auch davon abhängen, wie
232 sich die linken Kräfte außerhalb dieser Partei entwickeln und organisieren.

233 Es gibt aber für die DKP – bei notwendiger entschiedener Kritik an Regierungsbeteiligung,
234 bei der zum Beispiel Sozialabbau mitgetragen und Forderungen der außerparlamentari-
235 schen Bewegung missachtet werden, bei Kritik an faulen Kompromissen, Illusionen usw. in
236 der Linkspartei – trotzdem, wie wir im Beschluss des 18. Parteitages festgestellt haben, kei-
237 ne Alternative zur Zusammenarbeit in vielen gesellschaftlichen Bereichen.

238 In dieser gesellschaftlichen Situation gibt es nicht nur die Gefahr einer weiteren Rechtsentwick-
239 lung, sondern es entstehen zugleich neue Bündnismöglichkeiten im Kampf für überfällige,
240 grundlegende progressive gesellschaftliche Veränderungen.

241 Und diese können – wie die Geschichte der Arbeiterbewegung wie auch unserer Partei zeigt –
242 nur gemeinsam mit anderen realisiert werden. Deshalb stellt die DKP auch in diesen Kämpfen
243 zuallererst das Einigende in den Vordergrund.

244

245 ☆

246 Ob diese Möglichkeiten zur Veränderung verwirklicht werden können, hängt jedoch von der
247 Entwicklung des Kräfteverhältnisses, von der Stärke der Gegenkräfte ab. Und die zeigt sich e-
248 ben nicht nur bei Wahlen, sondern vor allem und zuallererst in den Auseinandersetzungen und
249 Kämpfen in den Betrieben und Verwaltungen, in den Aktionen der Gewerkschaften, in den
250 Kommunen, bei Aktionen der antifaschistischen und Friedensbewegung, der Demokratie- und
251 Anti- AKW-Bewegung.

252 Ein Politikwechsel ist nur möglich, wenn sich dafür Bündnisse, Allianzen verschiedener sozialer
253 und gesellschaftlicher Kräfte, in denen die Arbeiterklasse die entscheidende Kraft sein muss,
254 formieren, die zudem über den einzelnen Anlass hinaus mittel- bzw. langfristig arbeiten und für
255 eine soziale und demokratische Wende in der Entwicklung der BRD und EU-Europas eintreten.
256 Diese wird nur gegen die Interessen des herrschenden Blockes aus großen europäischen Staa-
257 ten und den zugehörigen Finanzoligarchien zu erreichen sein. Und zwar vor allem durch außer-
258 parlamentarische Kämpfe.

259 Die Ansatzpunkte für solche Bewegungen und für eine Debatte über gesellschaftliche Alternati-
260 ven sind vielfältig. Sie werden aktuell insbesondere sichtbar im Kampf der Betriebsbelegschaft-
261 ten und Gewerkschaften gegen Betriebsschließungen, um den Erhalt der Arbeitsplätze, um Tari-
262 fe, um Mindestlöhne, gegen prekäre Beschäftigungsverhältnisse und sich verschlechternde Ar-
263beitsbedingungen.

264 Es wird viel davon abhängen, ob sich die Gewerkschaften in dieser Situation von Illusionen über
265 Sozialpartnerschaft und Co-Management verabschieden, und stattdessen energischere Aktio-
266 nen für ihre eigenen Forderungen nach Rücknahme der Rente mit 67, einem existenzsichern-
267 den Mindestlohn von mindestens 10 Euro, Stärkung der Binnenkaufkraft, mehr Geld für kommu-
268 nale Investitionen, Erhöhung des Spitzensteuersatzes usw. entwickeln.

269 Die Gewerkschaften bleiben die wichtigste Klassenorganisation der Arbeiterklasse, die Organi-
270 sationsform der kollektiven Interessen der Lohnarbeiter.

271 In den Gewerkschaften agieren, auch bei Betriebsratswahlen um die Gewerkschaftseinheit und
272 um einheitliche Gewerkschaftslisten kämpfen, in den Gewerkschaften um eine autonome Klas-
273 senorientierung und eine konsequente, an den Interessen der arbeitenden Klasse orientierte
274 Politik ringen, das ist die Aufgabe der Linken im Land – vor allem der DKP: “Der DKP geht es
275 um die Überwindung von Widersprüchen und Inkonsequenzen in der gewerkschaftlichen Politik
276 und damit um die Erhöhung des Ansehens, der Glaubwürdigkeit und der Kampfkraft der Ge-
277 werkschaften.” (Programm der DKP)

278 Dabei kann darauf gebaut werden, dass in den vergangenen Jahren die Streikbereitschaft und die
279 gewerkschaftliche Diskussion über die kapitalistische Ökonomie wieder zugenommen haben; an

280 der Basis der Gewerkschaften wurden Lernprozesse angestoßen, IG-Metall-Jugend und andere
281 traten in den vergangenen Monaten bei Protestaktionen immer wieder mit deutlicher werdenden
282 antikapitalistischen Positionen auf.

283 Doch die Auseinandersetzung ist nicht nur auf den Antagonismus von Kapital und Arbeit und die
284 damit verbundenen unmittelbaren sozialen wie ökonomischen Interessen beschränkt.

285 Auseinandersetzungen vollziehen sich und sind auch notwendig im Bereich der sozialen Siche-
286 rungssysteme (Gesundheit, Pflege, Renten). Aber auch die Geschlechterfrage, der Kampf um
287 Gleichstellung und Gleichberechtigung der Frau, bleibt ein Feld der Auseinandersetzung. Es gibt
288 zunehmende Aktionen gegen die Bildungs- und Ausbildungsmisere, für eine klimafreundlichere
289 Ökologie- und Energiepolitik, gegen Atomkraftwerke, für die Verteidigung demokratischer Rech-
290 te sowie für die Abkehr von Krieg und Militarismus.

291 Die aktuellen Erfahrungen bestätigen aber auch die alte Erkenntnis, dass es keinen Automatis-
292 mus gibt: Aus sozialem Protest und Widerstand – soll dieser nicht wieder in Anpassung und Re-
293 signation münden oder in perspektivlosen Revolten – erwächst nicht von selbst eine Diskussion
294 und Bewegung für Gegenwehr. Auch die Illusion hilft nicht, man könne mit radikaleren Losungen
295 schnell Überzeugungen und Bewegung schaffen. In der Regel, das zeigt die Geschichte der
296 Arbeiterbewegung, vertieft das Scheitern solcher Ansätze nur die Resignation.

297 Einsichten und Klassenbewusstsein wachsen nur in Auseinandersetzungen und damit in Lern-
298 prozessen, zu denen wir als Kommunistinnen und Kommunisten in den gesellschaftlichen
299 Kämpfen unseren Beitrag sowohl personell, organisatorisch wie vor allem inhaltlich leisten wol-
300 len.

301 Dabei geht es vor allem auch darum, Wissen und Einsichten über Zusammenhänge zu vermit-
302 teln, Argumente einzubringen, Wege für die Zukunft aufzuzeigen, strategisch zu orientieren.
303 Aber das kann nicht wirksam werden, wenn es nicht gelingt, Menschen zu mobilisieren für ihre
304 eigenen Interessen aktiv zu werden und über die “Tagesforderungen” hinaus zu denken.

305 Dies kann nicht gelingen, ohne dass Menschen in Auseinandersetzungen Erfahrungen gewin-
306 nen und lernen.

307

308



309 Das stellt uns Kommunistinnen und Kommunisten vor große Herausforderungen. Wir müssen
310 theoretisch wie durch unsere praktisch politische Arbeit immer wieder die Frage beantworten wie
311 die DKP eine aktivere und organisierende Rolle im Kampf gegen eine sozialreaktionäre Lösung
312 der Krise spielen und zur Formierung breiter Gegenkräfte, von starken Allianzen gegen die herr-
313 schende Politik beitragen kann. Wir knüpfen dabei an die Erfahrungen aus der Geschichte der
314 KPD und DKP an.

315 Die DKP sieht es als ihre Aufgabe,

- 316 • für die Bildung von Klassenbewusstsein in der Arbeiterklasse und der Herausbildung einer
317 kämpferischen Arbeiterbewegung zu wirken;
- 318 • In den Bewegungen die “Eigentumsfrage, .. als die Grundfrage der Bewegung” (K. Marx/F.
319 Engels: Manifest der Kommunistischen Partei) hervorzuheben;
- 320 • für einen stärkeren Einfluss des Marxismus und die Entwicklung von Klassenpositionen in
321 Bewegungen und Gesellschaft zu wirken;
- 322 • dazu beizutragen, dass der gesellschaftliche Einfluss der Bewegungen wächst und gleich-
323 zeitig auch die antikapitalistische Ausrichtung an Einfluss gewinnt;
- 324 • dazu beizutragen, dass die fortschrittlichen Kräfte und die Bewegungen darüber hinaus das

325 Alltagsleben der Menschen beeinflussen und individuelles wie auch kollektives alternatives
326 Denken und Handeln ermöglichen;

327 • für die Verbindung des Kampfes auf nationaler Ebene mit den Kämpfen auf europäischer
328 und globaler Ebene einzutreten.

329 Dabei wollen wir die Einsicht befördern, dass allein durch Abwehrkämpfe und Reformen stabile
330 Lösungen im Interesse der Mehrheit der Menschen nicht erreichbar sind. Es muss auch über
331 Perspektiven der Überwindung dieses Systems diskutiert werden.

332 Es geht uns nicht nur um Korrekturen oder ein Abfedern der durch den neoliberalen Kapitalis-
333 mus hervorgerufenen Zerstörungen. Es müssen Verhältnisse jenseits der kapitalistischen Pro-
334 fitwirtschaft erkämpft werden.

335 Dazu muss zunächst die Macht des Kapitals eingedämmt, zurückgedrängt und letztlich – in ei-
336 nem revolutionären Prozess – gebrochen und überwunden werden.

337 Wir wollen zur Einsicht beitragen, dass Veränderungen nur das gemeinsame Werk von Men-
338 schen mit zunächst durchaus auch sehr unterschiedlichen weltanschaulichen Überzeugungen
339 sein können, die aber das gemeinsame Ziel eint: die grundlegende Veränderung der bestehen-
340 den ungerechten Verhältnisse und die Überwindung der Kriege.

341

342



343 Zunächst geht es jedoch – soll ein Politikwechsel möglich werden – um eine Veränderung des
344 Kräfteverhältnisses. Diese Entwicklung ist vor allem dann möglich, wenn linke Politik auf außer-
345 parlamentarische Bewegungen orientiert und auf Aktivitäten, die in diesem Prozess immer wie-
346 der das Gemeinsame in den Mittelpunkt stellt. Gesellschaftliche Allianzen sind nötig, die vor Ort,
347 in den Regionen, zentral und auch international zu dieser Veränderung des Kräfteverhältnisses
348 beitragen und einen Politikwechsel erzwingen.

349 Für diese Politik steht die DKP.

350 Wir orientieren angesichts der gesellschaftlichen Herausforderungen in der heutigen Situation
351 auf

352 • eine konsequente **Antikriegspolitik**. Wir sind Teil der Friedensbewegung, die den Willen
353 der Mehrheit der Menschen im Land gegen den Afghanistaneinsatz der Bundeswehr, gegen
354 jegliche Kriegsabenteuer und Militäreinsätze – ob Bundeswehr, NATO oder EU-Einsatzkräfte
355 – zum Ausdruck bringt.

356 • den **entschiedenen Kampf um soziale Rechte und Leistungen**. Vermutlich noch für län-
357 gere Zeit werden Abwehrkämpfe die Auseinandersetzung prägen. Zu unserer Aufgabe als
358 DKP gehört, zur Sammlung der Kräfte beizutragen, zur Entwicklung von Solidarität und
359 Klassenbewusstsein. Kommunistinnen und Kommunisten haben sich immer für das Zusam-
360 mengehen der Arbeiter und Angestellten – für die Aktionseinheit der verschiedenen politisch-
361 ideologischen Strömungen innerhalb der Arbeiterklasse eingesetzt, auch wenn sie deshalb
362 nicht schon für weitergehende antimonopolistische und antikapitalistische Zielsetzungen ein-
363 treten. Gleichzeitig setzten wir uns für Bündnisse mit all denen ein, die punktuelle oder auch
364 längerfristige Gemeinsamkeiten mit solchen von und durch die Arbeiterbewegung
365 (mit)initiierten Bewegungen sehen.

366 Zu unserer Aufgabe als Kommunistinnen und Kommunisten gehört zugleich, alternative Ge-
367 sellschaftsvorstellungen in diese Kämpfe einzubringen, Diskussionen über ein gemeinsames
368 gesellschaftspolitisches Projekt zu initiieren: über Vorschläge zu einer antimonopolistischen
369 und zunehmend antikapitalistischen Bewegung bis zur notwendigen sozialistischen Alterna-
370 tive.

371 • die **Auseinandersetzung mit Demokratieabbau, mit Geschichtsfälschung, Antikommunismus und faschistischen Strukturen**. Dazu gehört der Kampf gegen die vor sich gehenden reaktionären Veränderungen, gegen die Einschränkung politischer Grundrechte, gegen faschistische und andere reaktionäre Politikkonzepte. Dazu gehört auf den Zusammenhang zwischen Sozial- und Demokratieabbau aufmerksam zu machen. Wir kämpfen gemeinsam mit anderen Antifaschistinnen und Antifaschisten weiter für das Verbot und die Auflösung aller neofaschistischen Parteien und Organisationen entsprechend Artikel 139 GG.

378 • die **Bewahrung und den Schutz der natürlichen Lebensgrundlagen** der Gattung Mensch und den Kampf gegen die Hauptverursacher, die vom kapitalistischen Profitprinzip und den Großkonzernen verursachte Deformierung der Produktivkraftentwicklung, der künstlichen Beschleunigung des Klimawandels und der Ausplünderung der natürlichen Ressourcen zum Zwecke der besseren Kapitalverwertung.

383 Wir qualifizieren und entwickeln unsere Aussagen und Einschätzung zur Ökologie und zur Klimathematik weiter, koordinieren unsere innerparteilichen Kompetenzen, entwickeln die schon bestehenden umwelt- und klimapolitischen Ansätze weiter, engagieren uns in entsprechenden Initiativen und Bewegungen.

387 • **Internationalismus und Solidarität**. Wir treten ein für die länderübergreifende Solidarität der Beschäftigten in der EU, europa- und weltweit. Kämpfe um soziale Grundsicherungen, um den Erhalt von Standorten usw. können heute letztlich nur erfolgreich sein, wenn die Kämpfe auf nationaler Ebene international vernetzt werden.

391 In der gegenwärtigen Situation bekräftigen wir zudem unsere Solidarität mit all jenen Ländern, die den Weg zum Sozialismus eingeschlagen haben bzw. am Anfang eines solchen Weges stehen, vor allem mit dem sozialistischen Kuba. Wir bekräftigen unsere Solidarität mit all jenen, die sich gegen imperialistische Aggressionen, gegen soziale, politische und die Unterdrückung der Frauen im eigenen Land wehren, mit all jenen, die in ihrem Land bzw. ihrer Region für einen demokratischen, fortschrittlichen Entwicklungsweg kämpfen.

397 • **Internationale Zusammenarbeit**: Die Auseinandersetzung mit Imperialismus und Neoliberalismus auf der internationalen Ebene und der Kampf um Alternativen, die Erkenntnis, dass politische Veränderungen kaum in einem einzelnen Land alleine durchgesetzt werden können, verlangt auch von den Kommunistinnen und Kommunisten neue Anstrengungen für die Verstärkung der Zusammenarbeit untereinander sowie mit anderen linken progressiven Kräften und der Arbeiterbewegung überhaupt. Dem dient u. a. auch die Mitarbeit der DKP in der Europäischen Linkspartei im Rahmen eines Beobachterstatus.

404 Erforderlich wären – so der Vorschlag der DKP auch auf dem 18. Parteitag – Netzwerke, die eine andere Qualität der gleichberechtigten Zusammenarbeit in der kommunistischen Bewegung ermöglichen.

407

408



409 Wir wollen uns dazu auf das Gemeinsame – wie es im Programm und Statut unserer Partei bestimmt wird – beziehen. Bestehende Differenzen nutzen wir als Ansporn zur solidarischen Debatte um uns gemeinsame Antworten zu erarbeiten. Wir sehen den Marxismus als wissenschaftliche Grundlage unserer Politik und Anleitung zum Handeln.

413 Doch der Marxismus ist keine starre Doktrin. Er ist ebenso wenig ein Sammelsurium von Auffassungen, aus dem man sich bedienen kann, wie es gerade opportun erscheint. Er ist ein System von Theorien, das in sich schlüssig und wissenschaftlich begründet ist, das immer wieder an der Praxis überprüft und weiterentwickelt werden muss. Je gründlicher wir die marxistische Theorie studieren, desto besser können wir sie auch im politischen und gesellschaftlichen Leben unserer

418 Gegenwart kreativ und systematisch anwenden und entwickeln.

419 Wir versuchen dabei an Erfahrungen aus der Geschichte unserer Partei und an die unserer Ge-
420 nossinnen und Genossen in den aktuellen Kämpfen anzuknüpfen. Wir wollen weiter aus der
421 Geschichte lernen.

422

423



424 Die DKP wird heute und künftig zur Schaffung breiter Allianzen beitragen, in denen sich Men-
425 schen aus unterschiedlichen Organisationen und Parteien, Gewerkschafterinnen und Gewerk-
426 schafter und viele andere zusammenschließen, um Gegenwehr gegen die bestehenden Ver-
427 hältnisse zu organisieren.

428 Darüber hinaus brauchen wir eine breite gesellschaftliche Debatte über gesellschaftliche Alter-
429 nativen. Denn wer sich in Bewegung setzt, will ein Ziel, für das es sich lohnt zu kämpfen.

430 Wir Kommunistinnen und Kommunisten werden in diese Debatte unsere Vorstellungen über
431 eine gemeinsam zu erkämpfende und zu gestaltende künftige sozialistische Gesellschaftsord-
432 nung einbringen, in der die wichtigsten Produktionsmittel vergesellschaftet und öffentlich kontrol-
433 liert werden, in der die Interessen der Arbeiterklasse und anderer werktätiger Teile der Bevölke-
434 rung die Politik prägen, in der es keine Armut gibt, in der die Gesamtgesellschaft so planmäßig
435 entwickelt wird, dass das, was gesellschaftlich produziert und geschaffen wird, zum Vorteil der
436 Menschen und zum Schutz sowie Erhalt der natürlichen Bedingungen unserer Existenz einge-
437 setzt wird. Nur eine solche Gesellschaft ist in der Lage, im friedlichen Miteinander der Völker
438 dieser Erde eine neue, gerechte Weltordnung zu schaffen, die frei ist von Ausbeutung, Unter-
439 drückung, Faschismus und Krieg.

440 Wir Kommunistinnen und Kommunisten bekräftigen vor dem Hintergrund der aktuellen Krise und
441 einer zunehmend reaktionären Entwicklung der Gesellschaft:

442 Ohne eine grundlegende Veränderung der gesellschaftlichen Verhältnisse wird es keine Demo-
443 kratie, keinen Frieden, keine Zukunftslösungen im Sinne der übergroßen Mehrheit der Bevölke-
444 rung in unserem Land und international geben.

445 Der Kapitalismus muss überwunden werden!

446 Stand: Sonntag, 28. März 2010